



fzs | Wöhlertstraße 19 | 10115 Berlin

Studentischer Dachverband kritisiert zunehmende Staatsrepression an Hochschulen

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften verurteilt den Polizei Einsatz zur Räumung des besetzten Audimax an der TU Berlin. „Die Universitätsleitung hat vollkommen überzogen reagiert. Die Besetzer*innen hatten realistische Forderungen aufgestellt und angeboten den Hörsaal innerhalb der nächsten 24 Stunde zu räumen, sollten auf ihre Forderungen eingegangen werden.“ erläutert Konstantin Korn vom Vorstand des freien Zusammenschlusses von student*innenschaften (fzs). „An der TU Berlin wurde bis jetzt immer friedliche Lösungen im Dialog zwischen Protestierenden und Hochschulleitung gefunden. Damit hat der Präsident Thomsen nun gebrochen. Damit hat die Leitung der TU bewiesen, welchen Stellenwert ein Tarifvertrag und gute Beschäftigungsbedingungen für studentische Beschäftigte für sie hat.“ So Nathalie Schäfer, vom Vorstand des freien Zusammenschlusses von student*innenschaften (fzs) weiter. Wir fordern die Hochschulleitung auf die Forderungen der Besetzer*innen einzugehen und ihr unangemessenes Vorgehen zu überdenken und alle Anzeigen gegen die Besetzer*innen fallen zu lassen. Seit Mittwoch, den 13.06. war das Audimax der TUBerlin friedlich vom "Wir streiken alle"-Bündnis besetzt und am Montag den 18.06. gegen 13.00 Uhr durch ein Einsatzkommando der Berliner Polizei geräumt worden. Die Forderungen, die das Bündnis im Vorfeld artikulierte waren die zügige Ankopplung des TV Stud an den TV-L, einen Nachteilsausgleich für durch streikbedingte Ausfälle betroffene Studierende und die Entwicklung eines Dialogs zwischen Präsidium und Studierenden. Der Kanzler verwehrte den Dialog und verließ das Audimax, was den studentischen Besetzer*innen jegliche Möglichkeit zur Reaktion nahm.

Eva Gruse vom Vorstand des freien Zusammenschlusses von student*innenschaften (fzs) ergänzt: „Wir nehmen bundesweit einen verschärften Umgang mit studentischen Protesten sowie Student*innenvertretungen war. Student*innen sind kritisch denkende Individuen, für die Hochschulleitungen scheint dies aber nur ein Lippenbekenntnis zu sein. Stattdessen wird Kritik an Hochschulen und dem Bildungssystem als störend wahrgenommen. Dabei könnte Kritik als produktive Auseinandersetzung um eine bessere Hochschule und Gesellschaft verstanden werden.“ Bundesweit werden Student*innenvertretungen verstärkt durch Polizei, die Universitätsleitungen oder Rechtspopolist*innen angegriffen, etwa durch Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmung von Datenträgern, ausspäherische Landtagsanfragen und die Entfernung von Protestierenden vom Campus. Gemeinsam haben all diese Ereignisse vor allem, dass durch die genannten staatlichen Eingriffe die Selbstverwaltung und demokratische Legitimation von Studierendenvertretungen nach und nach unterlaufen wird.

Kontakt:

Eva Gruse (0151 16807671 / eva.gruse@fzs.de)

Konstantin Korn (0170 8573399 / konstantin.korn@fzs.de)

Nathalie Schäfer (0151 20942563 / nathalie.schaefer@fzs.de)

freier Zusammenschluss von
studentInnenschaften (fzs) e.V.
Wöhlertstraße 19
10115 Berlin

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96
www.fzs.de
vorstand@fzs.de

Vorstand

Tobias Eisch
Nathalie Schäfer
Konstantin Korn
Eva Gruse